und betont, es sei Graf Rantzau zwar geglückt, als deutscher Unterhändler fortgesetzt solche Vorschläge zu machen, aber die Entente würde sie nicht ernsthaft in Erwägung ziehen. Man ist eben doch überzeugt, daß Deutschland schließlich unterzeichnen wird, und die Ueberzeugung erscheint verständlich, wenn man die aus Deutschland aus dem Lager der Unabhängigen herüberdröhnenden Stimmen hört.

Die Ueberreichung der Gegenvorschläge

Versailles, 28. Mai. Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau hat heute namens der deutschen Friedensdelegation dem Ministerpräsidenten Clemenceau den ersten Teil der ausführlichen deutschen Denkschrift zu dem von den Gegnern überreichten Friedensvertragsentwurf mit einer kurzen Begleitnote übermittelt. Der Rest der Denkschrift wird am Donnerstag vormittag übergeben zusammen mit einer die Grundgedanken und Vorschläge der Denkschrift erläuternden Mantelnote.

Umbildung der sächsischen Regierung?

Als Herr Dr. Gradnauer im März sein rein mehrheitssozialistisches Kabinett bildete, wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß diese Lösung der Regierungsfrage nicht ideal sei. Die Mehrheitssozialisten sind zwar die stärkste Partei in der Volkskammer, verfügen aber über keine Mehrheit. Andererseits waren die Demokraten wenig erfreut darüber, daß sie bei der Regierungsbildung übergangen wurden. Wir haben bereits die tatsächlichen Gründe gewürdigt, die Herrn Dr. Gradnauer veranlaßt haben, damals auf die Mitarbeit der bürgerlichen Kreise zu verzichten. Es mögen wohl auch inzwischen weitere Versuche unternommen worden sein, mit den Unabhängigen zu einer Verständigung zu gelangen. Bei der Haltung der Unabhängigen war aber ein Erfolg von vornherein wenig wahrscheinlich. Nun verlautet, daß man jetzt daran denke, die Regierung auf eine breitere Basis zu stellen. Ob diese Erwägungen — um mehr handelt es sich vorläufig offenbar nicht — zu einem greifbaren Ergebnis führen werden, muß dahingestellt bleiben. Sicher ist nur das eine, daß Finanzminister Nitzsche sein verantwortungsreiches Amt lieber heute als morgen in andere Hände legen möchte und ob Herr Wirtschaftsminister Schwarz am richtigen Platz steht, darüber dürften selbst seinen engeren Freunden mancherlei Zweifel gekommen sein. Wie man hört, haben die Demokraten für beide Posten bereits Vorschläge bereit und zwar für den Finanzminister den Abgeordneten [illegible] und für das Wirtschaftsministerium den früheren Oberbürgermeister von Plauen und jetzigen Ministerialdirektor im Arbeitsministerium Dr. Dehne. Außerdem legen sie anscheinend großen Wert darauf, das Kultusministerium mit Dr. Seyfert, dem früheren Landtagsabgeordneten und jetzigen Mitgliede der Nationalversammlung, zu besetzen. Es scheint aber, daß die Sozialdemokraten gerade dieses Ressort gern behalten möchten, obschon als sicher gelten kann, daß ihnen unangenehme Erfahrungen gerade hier nicht ausbleiben können, wenn die Kulturfragen von einseitigem Parteiinteresse aus angefaßt werden. Der jetzige Kultusminister Buck selbst hat wiederholt geäußert, daß ihm wenig daran liege, auf diesem Posten zu bleiben. Es ist weiter davon die Rede, daß die Sozialdemokraten es gern sähen, wenn der Volksparteiler Dr. Koch, der frühere Minister des Innern, ein Portefeuille übernehmen wollte. Ob die Deutsche Volkspartei große Neigung hat, dieser Rufe Folge zu leisten, ist nicht ohne weiteres sicher. „L. N. N.“

36. Sitzung der sächsischen Volkskammer.

WTB. Dresden, 28. Mai.

Präsident Fräßdorf gibt die Tagesordnung für die nächste Sitzung Montag, den 2. Juni d. J. bekannt. Hierauf erstattet Abg. Blüher (DVP) für den Finanzausschuß A Bericht über Kapitel 77 des Nachtrags zum ordentlichen Staatshaushaltplan auf die Jahre 1918-19 das Finanzministerium betreffend. Die Kammer bewilligt einstimmig die nach der Vorlage geforderten Ausgaben mit Mk. 5700.— Abgeord. Weiß (Dem.) berichtet über Kapitel 77 des Nachtrags zum ordentlichen Haushaltplan, das allgemeine Ausgaben für den Bergbau betrifft.

Die Kammer bewilligt die dafür geforderten Mk 5890.— einstimmig. Zum letzten Kapitel bemängelt Abg. Krause-Lugau (Soz.), daß die Regierung dem schon wiederholt von seiner Fraktion vorgebrachten Wünsche in Bezug auf die statistische Erforschung der Bergbauverhältnisse noch immer nicht Rechnung getragen habe. Sachsen stehe in dieser Hinsicht hinter den anderen Bundesstaaten zurück. Weiter fordert er von der Regierung eine Richtigstellung der phantastischen Berichte über die Bergarbeiterlöhne. — Geh. Finanzrat Fischer teilt mit, daß die Regierung bereits eine Anordnung in dem vom Vorredner gewünschten Sinne gegeben habe und daß die statistischen Erhebungen im Gange seien.

Abg. Schmidt (Soz.) erstattet für den Beschwerde- und Petitionsausschuß Bericht über die Petition des Gemeinderats zu Rabenstein, wonach die Gemeinde den Erlaß einer Notverordnung wünscht, daß die Besitzsteuern ermäßigt und diese auf die Staatseinkommensteuer umgelegt werden möchte. Der Ausschuß schlage vor, die Petition der Regierung in dem Sinne zu überweisen, daß sie die in Frage kommenden Behörden veranlaßt, von sich aus die durch die Petition getroffenen mißlichen Verhältnisse zu prüfen und eine tunlichst baldige Abstellung dieser Härten bei den Bezirksverbänden anzuregen.

Die Kammer stimmt dem Beschluß des Ausschusses einstimmig zu. Ueber die Petition des Instituts für experimentelle Pädagogik und Psychologie des Leipziger Lehrervereins um eine jährliche Zuwendung von Mk. 20000.— berichtet für den Beschwerde- und Petitionsausschuß Abg. Schiefland (Soz.) Der Ausschuß ersuche die Kammer, die Petition der Regierung in dem Sinne zur Berücksichtigung überweisen zu wollen, daß die ersten Mk. 20000.— in dem zweiten Nachtragsetat eingestellt werden möchten.

Abg. Koch (Dem.) spricht sich gegen den Beschluß des Ausschusses aus und beantragt eine Ueberweisung der Petition an den Finanzausschuß A. Die Kammer lehnt darauf mit knapper Majorität den Beschluß des Ausschusses ab und nimmt den Antrag Koch an.

Schluß der Sitzung: 2.15 Uhr nachmittags.

Deutsches Reich

Dresden. (Kein baldiger Schluß der sächsischen Volkskammer.) Die sächsische Volkskammer hatte gehofft, ihre Arbeiten vor Pfingsten zum Abschluß bringen zu können. Der Arbeitsstoff hat sich aber so gehäuft, daß dies unmöglich erscheint. Die Kammer wird sich darum nur eine kurze Pfingstpause gönnen und nach dem Feste ihre Arbeiten fortsetzen.

— (Ein Volksschulübergangsgesetz.) Wie gemeldet wird, ist in der Sitzung des Gesetzgebungsausschusses beschlossen worden, der Volkskammer den Antrag zu unterbreiten, die Regierung zu ermächtigen, die von der Deputation angenommenen Richtlinien für ein Volksschul-Uebergangsgesetz im Verordnungswege einzuführen. Der Beschluß wurde gegen die Stimmen der Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei gefaßt. Man ging bei dem Beschluß davon aus, daß das Gesetz selbst kurz vor Weihnachten verabschiedet werden könnte, daß aber die Sache zu eilig sei, um bis dahin warten zu können.

— (Unzufriedenheit mit der sächsischen Regierung.) Wie mitgeteilt wird, trat in der Dienstag-Sitzung des Finanzausschusses der sächsischen Volkskammer ziemliche Unzufriedenheit mit dem Verhalten der Regierung in der Frage der Neugründung von Behörden zutage. Man erklärte, die neuen Stellen in der Regierung wüchsen lawinenartig an. Man könne nicht befürworten, daß immer neue Stellen entständen. Es liege eine außerordentliche Mißachtung des Budgetrechts der Kammer vor, die gar nicht gefragt werde, nicht einmal, während sie tage. Die Regierung soll befragt werden, warum sie immer neue Stellen schaffe. Die Behandlung darüber wurde bis zur nächsten Woche ausgesetzt.

Berlin. (Ganz Holland wie ein Mann gegen Auslieferung des Kaisers.) Der ehemalige niederländische Ministerpräsident Dr. Kuyper schreibt in einem jetzt erschienenen Artikel des „Standaard“: Unsere niederländische Presse ist tief entrüstet über die in Paris gestellte schändliche Forderung, den ehemaligen Deutschen Kaiser an ein internationales Gericht auszuliefern. Es ist eine Schmach und Schande, welche man einem Lande von unseren Ueberlieferungen antut, daß man eine solche abstoßende Forderung auch nur in Erwägung zu nehmen gewagt hat! Wie ein einziger Mann steht das gesamte niederländische Volk einer derartig beleidigenden Freiheit gegenüber. Niemand denkt auch nur im entferntesten daran, in diesem Punkte nachzugeben. Nicht eine vereinzelte Gruppe unter uns, sondern ganz Holland, in allen seinen Gruppen und Parteien fühlt sich auf die allerschlimmste Weise beleidigt!

— (Keine deutsche Vertretung im Viererrat.) Durch die französische und die Berliner Presse ging in den letzten Tagen die Nachricht, daß bald gemeinsame Verhandlungen mit den Deutschen in Versailles stattfinden würden, daß es sich nicht um Vollsitzungen handeln würde, sondern um eine Ausdehnung des Viererrats, der um zwei deutsche Vertreter verstärkt werden würde. In Berliner diplomatischen Kreisen wird jener Nachricht keine größere Bedeutung als die eines Boulevardgeschwätzes beigemessen. In Wirklichkeit hat die Entente bisher noch keinen Schritt unternommen, der auf eine Ueberleitung in mündliche Verhandlungen rechnen läßt.

— (Es bleibt bei der Bestrafung der Schuldigen.) „Daily Mail“ meldet aus Paris: Die Alliierten haben eine Abänderung ihres Entschlusses über die strafgerichtliche Aburteilung des Deutschen Kaisers, der Generale und Admirale und Politiker abgelehnt. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Auf der Liste der Schuldigen stehen 125 Namen. Die Prozesse sollen innerhalb Jahresfrist nach Unterzeichnung des Vertrages durchgeführt werden.

— (Die Reichsregierung warnt Rheinland.) Die Reichsregierung erläßt folgende Warnung: Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verbrecherische Plan, die Provinz Rheinland zu einer selbständigen Republik [illegible]. Verfassungsmäßig bildet die Provinz Rheinland einen Bestandteil des preußischen Staates. Wer es unternimmt, diesen verfassungsmäßigen Zustand durch Losreißung der Provinz Rheinland vom preußischen Staatsgebiet zu ändern, macht sich des Hochverrats schuldig, der nach Paragraph 81 des Reichsstrafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus oder auch Festungshaft bestraft wird. Die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet, gegen jeden an dem hochverräterischen Umtriebe Beteiligten mit der vollen Schärfe des Gesetzes einzuschreiten.

— (Gegen Deutschland.) Der tschechisch-slowakische Landesverteidigungsminister Klofac sagte in einer Preßburger Versammlung, daß er eine Verbindung zwischen den Tschecho-Slowaken, den Polen, den Rumänen und den Südslawen gegen den gemeinsamen Feind Deutschland für wünschenswert halte, die zu einer wirtschaftlichen Zoll- und Militärunion führen müsse.

— (Die Drohung mit Blockade und Einmarsch.) Nach der „Times“ hat der Blockade-Rat neue Maßnahmen ausgearbeitet, um sofort die Blockade in

Durch fremde Schuld.

Roman von Fritz Brentano.

40. Nachdruck verboten.

Kolbe sah sie erstaunt an. „Meinen Sie?“ fragte er.

„Ja.“

„Vielleicht erklären Sie mir das näher, Fräulein Käte!“

„Dazu hab ick keen Recht! Ick bin man 'n einfaches Mechen, un Sie sind 'n feiner Herr.“

„Ich bin der Kolporteur Kolbe, der Sie gut leiden mag. Sie können schon ein offenes Wort mit mir reden, Fräulein Käte.“

„Dann dürfen Sie aber vor allen Dingen nich Fräulein zu mir sagen. Die andern Jäste meines Onkels sagen Käte zu mir!“

„Das will ich gern auch tun, wenn Sie es wollen. Aber nun reden Sie — ich bin neugierig.“

„Sie sagen, ick bin 'n resolutes Menschenkind. Ja, ick greife tüchtig zu. Aber wissen Sie och, wat mir die Arbeit lieb jemacht hat? Det ick zu Hause schon als Kind jesehen habe, wie det ewige Seufzen und Stöhnen, ohne daß man die Hände rührt, 'n Menschen runterbringt un unser Schicksal nur verschlimmert. Drum jing ick och jern zu den ollen Kumpelanjust, den Sie meinen Onkel nennen, als er Vatern vorschlug, mich zu sich zu nehmen.“

„Also deshalb?“

„Jawohl! Da lernte ick, wat Arbeit is. Freilich jing det bißchen Politik, wat ick noch vom Vater hatte, mang die Jäste von der „Frommen Liese“ flöten, un ick wurde sonne richt'ge Berliner Range. Aber ick blieb dabei frisch und jesund un zerbrech'te mir nich 'n Kopp über Dinge, die man nich mehr ändern kann. Arbeeten! Det is die Hauptsache im Leben.“

Sie reckte sich kräftig auf.

„Hab ick nich recht, Herr Kolbe?“ Wat Heulerei! Det mag ja for olle Weiber wat sind! Aber 'n junget Mächen soll die Hände rühren!“

„Sie sprechen wie 'n Buch, Kätchen.“

„Ach nee! Aber wie eene, die den Segen der Arbeet kennen jelernt hat. Det is richt'ge Seelenrettung!“

„Ganz gewiß!“

„Un sehen Sie, Herr von Kolbe, den Segen wünsche ick Ihnen och, det Sie wieder vorwärts blicken können un nich immer rückwärts.“

„Nun, ich denke, ich hätte doch bewiesen, daß ich mich vor keiner Arbeit scheue“, meinte Kolbe bitter. „Sie wissen, was ich jetzt bin — wissen Sie auch, was ich war?“

„Ja, ick weeß et. Un darum jefällt mir nich, wie Sie's treiben. Was Sie jetzt tun, tun Sie aus Trotz, jewissermaßen aus Verzweiflung. Jlooben Sie, det wüßt ick nich? Kolporteur! 'n Mann, wie Sie! Nee — nich in die Hand! In de Häuser loofen und die Leite Bücher anbieten! Det hat mich schon lange jewurmt! Wie kommen Sie denn jerade dazu?“

„Ich habe heilige Verpflichtungen zu erfüllen“, erwiderte der junge Mann.

„Ja, ja, wat Sie quält, hab' ick längst durchschaut, Herr von Kolbe. Sie bilden sich ein, det Sie die Schuld tragen, det die Berta — —“

„Sie wissen?“ fragte Kolbe überrascht.

„Ja, — ick habe mir det so zusammenjereimt, wat Ihnen und Mutter Elsner ihre Dochter, un Vater hat mir och manches anjedeutet. Aber det is man bloß eene Grille — is allens unjesund. Ick wäre nich ins Wasser jejangen! Wu is et jeschehen! Det is traurig — ja! Un det Sie der armen, ollen Frau beistehen, sie trösten un unterstützen, det jefällt mir —“

„Und doch tadeln Sie mich deswegen?“

„Tadeln?“ rief Käte eifrig, „aber, Herr von Kolbe, nur wie Sie 't tun, jefällt mir nich. Jiebt's denn dafür nischt anderes? 'n Herr wie Sie, der so viel jelernt hat, soll nischt Besseres finden? Nee, da jing ick doch lieber in die weite Welt — nach Amerika, wo tücht'ge Leite immer ihr Glück machen, wenn se man wollen. Un dort können Se och for Mutter Elsner sorgen!“

„Sieh mal an“, sprach lachend Kolbe. „Sie wollen mich wohl mit Gewalt von hier forthaben?“